

Republik Österreich

XXII. GP.-NR

1072 /AB

Dr. Wolfgang Schüssel
Bundeskanzler

2004 -01- 12

zu 1060 /J

An den
Präsidenten des Nationalrates
Univ.Prof. Dr. Andreas KHOL
Parlament
1017 Wien

Wien, am 12. Jänner 2004

GZ 353.110/174-IV/8/2003

Die Abgeordneten zum Nationalrat Haidlmayr, Freundinnen und Freunde haben am 12. November 2003 unter der Nr. 1060/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend den schwierigen Weg zu einem Behindertengleichstellungsgesetz gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Bei dieser Frage, die die Behandlung von Anträgen durch den Nationalrat betrifft, handelt es sich nicht um einen Gegenstand der Vollziehung.

Zu den Fragen 2 bis 15:

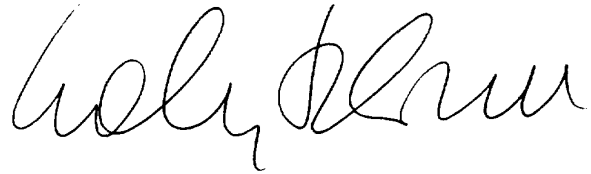
Ich möchte zunächst zu diesen Fragen – soweit sie in meinen Wirkungsbereich fallen – darauf hinweisen, daß in der vom Nationalrat am 9. Juli 2003 angenommenen EntschlieÙung die Bundesregierung aufgefordert wird, auf Basis der Ergebnisse einer Arbeitsgruppe, die vom Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Mag. Haupt auf der Grundlage der vom Bundesministerienge-setz 1986 vorgenommenen Umschreibung der Wirkungsbereiche der Bundesminis-terien bereits eingerichtet wurde, dem Nationalrat einen Entwurf für ein Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz zuzuleiten. Die angenommene EntschlieÙung hat daher nicht die Einsetzung einer Arbeitsgruppe im Verfassungsdienst des Bundes-kanzleramts zum Gegenstand.

Bereits vor der Annahme dieser EntschlieÙung durch den Nationalrat habe ich im Sinne der erwähnten, vom Bundesministerienge-setz 1986 vorgenommenen Um-schreibung der Wirkungsbereiche mit dem in diesen Fragen ressortzuständigen Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Mag. Haupt vereinbart, daß in seinem Ressort eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes eingerichtet werden soll. Diese Arbeitsgruppe, in der auch das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst vertreten ist,

- 2 -

wird somit unter der Verantwortung des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz geführt.

Was den Entwurf für ein Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz betrifft, der gerade im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz erarbeitet wird, gehe ich davon aus, daß dieser einem breiten Begutachtungsverfahren unterzogen wird.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Wolfgang Klein', is positioned on the right side of the page. The signature is fluid and cursive, with the first name 'Wolfgang' and the last name 'Klein' clearly distinguishable.